



Interview | 01.2017

Europa braucht eine gemeinsame deutsch-polnische Stimme.

Es kriselt im Verhältnis Polens sowohl zu Deutschland als auch zur EU. Was ist zu tun, um das Verhältnis zu verbessern? Ein Interview mit Dr. Agnieszka Łada, Institut für öffentliche Angelegenheiten, Warschau.

Gut ein Jahr nach Regierungsantritt der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) steht es mit dem deutsch-polnischen Verhältnis nicht zum Besten. Wie bewerten Sie die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen?

Im vergangenen Jahr haben wir das 25-jährige Jubiläum des Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrags gefeiert. Die vielen Feierlichkeiten auf mehreren Ebenen haben gezeigt, was Deutsche und Polen innerhalb der letzten 25 Jahre erreicht haben. Ein breites Netzwerk von Kontakten ist entstanden. Man versteht und kennt sich immer besser, hat Ansprechpartner, über Probleme wird offen geredet. Auch sehr wichtig: die Polen haben keine Angst oder persönlichen Probleme mehr mit den

Deutschen. Im Deutsch-Polnischen Barometer aus dem Jahr 2000, 10 Jahre nach der Wende und der Unterzeichnung des Vertrages, hatten 45 % der befragten Polen nichts gegen einen deutschen Schwiegersohn und 38 % nichts gegen einen deutschen Chef. Heute sind die Akzeptanzwerte auf über 70 % gestiegen. Diese Veränderung ist auch ein Fundament, auf dem wir weiter aufbauen sollten.

Zeigen aber nicht die letzten Ereignisse auf EU-Ebene, dass wir uns doch nicht immer so gut verstehen und sehr unterschiedliche Vorstellungen haben, in welche Richtung sich Europa entwickeln soll?

Polen und Deutschland waren sich in den letzten Jahren in europapolitischen Fragen

viel näher als viele denken. So haben bei den Sanktionen gegen Russland oder in der Wirtschaftspolitik die deutsche und die polnische Regierung mit einer Stimme gesprochen, und das, obwohl Polen kein Mitglied der Eurozone ist. Viel von dieser Einstimmigkeit ist geblieben, aber es gibt Bereiche, wo sich große Unterschiede zeigen. Hier muss zwischen realen Unterschieden in Inhalten und bloßen Missverständnissen differenziert werden.

Tatsache ist: Deutschland steht in Europa immer öfter alleine da, wenn es um gemeinsame europäische Herausforderungen geht. Die Briten treten aus, die Franzosen und die Italiener haben innenpolitische und wirtschaftliche Probleme und sind keine berechenbaren Partner mehr. Berlin will die EU nicht alleine führen – auch wenn viele andere Mitgliedsstaaten so denken. Polen war bislang meistens ein zuverlässiger Partner. Und Berlin würde sich sicher wünschen, dass es so bleibt.

Was hat sich mit der aktuellen Regierung der europakritischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) verändert?

Einiges, aber nicht alles: die Probleme bleiben gleich. In der Energiepolitik waren wir schon immer verschiedener Meinung. Mit Frankreich hat Deutschland hier keine geringeren Probleme. Auch Polens Ambition, eine wichtige Rolle in der EU zu spielen und einen realen Einfluss auf die europäische Zukunft zu haben, hat sich nicht verändert.

Historisch bedingt sind die Polen immer noch der Meinung, dass sie Deutschland nie zu 100 % vertrauen dürfen. Aber die Vorgängerregierung der „Bürgerplattform“ (PO) hatte eine Strategie entwickelt, um so eng wie möglich mit Deutschland zusammen zu arbeiten und so einerseits dieses Misstrauen zu überwinden und sich andererseits auch abzusichern. Aus dieser Vorgehensweise resultierten positive Entwicklungen: Angela Merkel setzte sich

zum Beispiel dafür ein, die Nicht-Euro-Staaten in der EU nicht auszugrenzen. Die positive Wirkung einer solchen Politik ist allerdings für die Bevölkerung selbst nicht so leicht verständlich oder spürbar.

Viel einfacher zu verstehen sind Projekte wie Nord Stream II oder die Entscheidungen der Bundeskanzlerin in Bezug auf Flüchtlinge. Im ersten Fall wird der deutschen Regierung von Polen vorgeworfen, nicht solidarisch zu sein und mit Russland über den „polnischen Kopf hinweg“ zu verhandeln, was wiederum historisch begründete Ängste wachruft. Aber vor allem sieht Polen in diesem Projekt eine ernsthafte politische und wirtschaftliche Bedrohung. Im zweiten Fall fühlt man sich in Polen auch übergangen, weil die Entscheidung der Kanzlerin nicht innerhalb der Union diskutiert wurde, Berlin aber anschließend von seinen EU-Partnern erwartete, die Konsequenzen dieser Entscheidung mitzutragen.

Gerade dieses Gefühl des „Übergangen-Werdens“ bestätigt die Grundängste der Polen, ignoriert oder gar nicht ernst genommen oder den Interessen der großen Nachbarn geopfert zu werden. Für die PiS-Regierung ist es der beste Beweis, dass die Politik der Freundschaft mit Deutschland nichts Gutes gebracht habe. Vor allem am Anfang der Regierungsübernahme hat die PiS sehr deutlich gezeigt, dass andere Länder für Polen wichtiger seien. Als wichtigster Partner wurde im Frühling 2016 zum ersten Mal seit Jahren nicht mehr Deutschland, sondern Großbritannien genannt, und die polnische Regierung entwickelte die Idee des „Intermarium“ – einer Gruppe von Ländern vom Schwarzen Meer bis zum Baltikum, die ihre Positionen innerhalb der EU koordinieren solle.

Versteht sich diese Gruppe dann als eine Art Gegenpol zur Position Deutschlands innerhalb der EU?

Konkret wurde das so nie gesagt, aber in gewisser Weise schon angedeutet. Aber die

Länder der Region haben kein großes Interesse an einer polnischen Führung, wenn sie dadurch nicht auch einen einfacheren Draht nach Berlin haben, wie es früher mit Warschau der Fall war. Es war auch nicht einfach für die Länder dieser Gruppe, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen, weil sie eben oft doch zu unterschiedliche Einstellungen haben. Jetzt wird immer wieder betont, dass die „Intermarium-Gruppe“ auf keinem Fall gegen ein anderes Land ausgerichtet sei.

Was Großbritannien angeht: Nach dem Brexit-Referendum ist das Land nicht mehr als der wichtigste Partner in der EU zu betrachten. Die polnische Regierung hat nach einer Phase der Abkühlung der Beziehungen zu Deutschland verstanden, dass es sich nicht lohnt, das Verhältnis zu verschlechtern, und seit einigen Monaten zeigt sie daher wieder Interesse an einer engeren Zusammenarbeit.

In europapolitischen Fragen, vor allem aber in der Migrationspolitik scheint dies schwierig zu sein. Wo sehen Sie Potential für eine bessere Verständigung Deutschlands und Polens?

In der Migrationspolitik bleiben Warschau und Berlin in der Tat weit voneinander entfernt. Aber bei der Frage verschiedener Geschwindigkeiten der EU-Entwicklung sind sich beide Länder sehr nah: so unterstützen beide nicht die französische Idee eines Kerneuropas.

Sehr nah sind sich Deutschland und Polen in der Politik gegenüber Russland. Beide Regierungen haben seit Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts Sanktionen gegen Russland gefordert und unterstützt. Mit zunehmendem Kenntnisstand über die Hintergründe und Folgen des Konflikts ist auch die deutsche Gesellschaft deutlich kritischer gegenüber Russland geworden. Aber auch hier kann es zu Unstimmigkeiten kommen, wenn manche politischen Kräfte in Deutschland – und nicht nur hier, sondern

auch in anderen EU-Ländern – sich für eine Abschwächung der Sanktionen aussprechen. In solchen Fällen fühlt sich Polen wieder allein gelassen.

Auf der anderen Seite fühlt sich Deutschland in Bezug auf den Umgang mit Flüchtlingen im Stich gelassen. Die Polen und mit ihnen auch andere EU-Staaten müssen hier mehr Solidarität zeigen und sich vor allem in der Vorbereitung der Lösungen engagieren. Die Aufnahme einer Gruppe von Flüchtlingen würde unserem Land wirklich nicht schaden. Ansonsten sollte man offen für Instrumente sein, die ermöglichen, die Kosten – nicht nur, aber auch, die finanziellen Kosten – solidarisch zu tragen.

Sie haben am Anfang Missverständnisse erwähnt. Geht es hier um Kommunikationsfehler?

Ja. Ein Beispiel für schlechte Kommunikation ist die Affäre um die Bestellung von 50 Hubschraubern bei Airbus im Gesamtwert von 2,4 – 3 Milliarden Euro. Polen lehnte nach langen Verhandlungen mit Airbus im Herbst 2016 das Angebot, die Hubschrauber zu kaufen, ab, dies aber in einer Form, die die Franzosen völlig überraschte und beleidigen musste. Ob die Entrüstung der Franzosen angemessen war oder übertrieben, bleibt dahingestellt, aber sie war vorhersehbar und für die deutsche Seite wiederum eine gute Chance, sich hinter den Franzosen zu verstecken, wenn die Deutschen selbst gerade nicht wirklich motiviert sind, mit den Polen zusammen zu arbeiten. Und wieder fühlen die Polen sich ausgeschlossen.

Ein weiteres Problem auf der Kommunikations- und Wahrnehmungsebene: der Missbrauch der Außenpolitik für rein innenpolitische Zwecke in Polen – in der Politik ein generelles Phänomen, um in der Bevölkerung zu punkten. Schlimm wird es, wenn man übertreibt und innenpolitisch sehr scharf argumentiert, nach außen aber eine andere Rhetorik bemüht: Dann wider-

sprechen sich innenpolitische und außenpolitische Kommunikation. Oder die innenpolitische Argumentation ist so konfrontativ, dass sie die Partner in der EU überrascht und Besorgnis erregt. So schadet die polnische Regierung sich oft selber. Die Deutschen denken wiederum sehr „deutsch“ – was sie nicht verstehen, wird sehr oft als falsch abgelehnt. Hier würde man sich auf polnischer Seite mehr Verständnis und Offenheit für andere Perspektiven wünschen. Dennoch, auch wenn ich vorher über historisch bedingte polnische Traumata gesprochen habe: die Polen haben nicht nur diese Traumata, sondern auch echte eigene Positionen und Interessen. Und die wollen sie auch umsetzen. Meine Empfehlung wäre, dass die polnische Seite ihre Positionen besser erklärt und die deutsche Seite sie wiederum berücksichtigt, und gleichzeitig auch Gemeinsamkeiten betont werden.

Haben Sie weitere Vorschläge, um heute die deutsch-polnische Zusammenarbeit in Europa zu verbessern?

Kurz nach der Wiedervereinigung gab es Momente, die bis jetzt in Erinnerung bleiben: die Unterzeichnung von Verträgen, die starke deutsche Unterstützung auf dem Weg Polens in die EU, das gemeinsame Feiern historischer Jahrestage. Die Zeit der großen Gesten und Veränderungen ist aber vorbei. Gute zwischenmenschliche und wirtschaftliche Beziehungen werden wiederum nicht reichen, um die aktuellen europäischen Herausforderungen zu überwinden; dafür braucht es auch gute, konstruktive politische Zusammenarbeit. Die Frage ist allerdings, wie ambitioniert man dabei ist. Hier sollte die Bedeutung der wirtschaftlichen Kooperation betont werden. Der deutsch-polnische Handel hat 2016 die 100-Milliarden-Euro-Marke überschritten. Beide Wirtschaften sind miteinander so eng verflochten, wie es kaum noch enger geht. Die wirtschaftliche

Zusammenarbeit beider Seiten bringt Vorteile, auch in Zeiten der Globalisierung.

Dass die polnische Seite seit einigen Monaten Signale aussendet, dass Deutschland uns nicht mehr so wichtig sei, muss sich ändern. Die Außenpolitik darf nicht als Instrument dienen, um zu Hause auf Wählerfang zu gehen. Die internationale Lage ist heute zu sensibel. Das gilt übrigens auch für die deutsche Seite, die bereits den Bundestagswahlkampf eingeläutet hat.

Auf deutscher Seite darf man nicht auf den Gedanken verfallen, man könne mit den Polen nicht zusammenarbeiten, nur weil man ihr Verhalten nicht versteht und es sich ohnehin angesichts der anstehenden Bundestagswahlen nicht lohne, vorher etwas zu unternehmen. Es ist eine einfache, aber nicht sehr konstruktive Lösung. Polen und Deutschland brauchen sich. Natürlich könnte man die gegenseitigen Beziehungen auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner reduzieren, aber ich denke und hoffe, dass wir alle größere Ambitionen haben. Europa braucht eine gemeinsame deutsch-polnische Stimme.

Dr. Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten.

Das Interview führte **Gabriele Schöler**.

Titelbild

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Adresse | Kontakt

Gabriele Schöler
Senior Project Manager
Programm Europas Zukunft
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81205
Mobil 0172 5207 790
Fax 05241 81-681205
gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de